

AfD-Anträge im Gemeinderat Schönaich (Mitte 2024 – Mitte 2026)

Seit der Wahl in den Gemeinderat anlässlich der Kommunalwahlen im Juni 2024 haben die Gemeinderäte Volkmar Kirres und Roland Wörn zahlreiche Anträge gestellt. Obwohl gut begründet und im Sinne der Bürger und des Gemeinwohls formuliert, wurde bisher keinem unserer Anträge stattgegeben. Gleichwohl ist festzustellen, dass einige der Forderungen hieraus aufgegriffen und sinngemäß umgesetzt wurden.

AfD wirkt!

Der konkrete Wortlaut der Anträge ist auf der Homepage des AfD-Ortsverbands Schönbuch unter <https://boeblingen.afd-bw.de/ortsverbaende/ovschoenbuch> zu finden.

Im Folgenden finden Sie jeweils eine Zusammenfassung zu den gestellten Anträgen.

Stärkung der lokalen Wirtschaftskraft

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 28.01.2025: Initiative Wirtschaftsförderung

Forderung: Aufgrund des enormen Haushaltsdefizits unserer Gemeinde haben wir eine großangelegte Initiative zur Stärkung der lokalen Wirtschaft gefordert (Gewerbesteuer!) und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2025 abgelehnt. Chance Einnahmen zu stärken vertan!

Weitere Entwicklung: Damit nicht genug, wurde am 06.05.2026 beschlossen, den Hebesatz der Gewerbesteuer anzuheben, was für die Ansiedlung von Unternehmen kontraproduktiv ist!

Anmerkung: Mit den Firmen Dr. Horn (Abwerbung nach Gärtringen!) und Honeywell (Standortschließung) haben wir die umsatzstärksten Unternehmen verloren. Ohne eine gezielte Kampagne, kann dieser Verlust nicht wettgemacht werden!

Steuern

Aus dem Gemeinderat Schönaich

**Antrag vom 24.09.2024: Hebesatz
Grundsteuer aufkommensneutral**

Forderung: Grundsteuer ab 2025 aufkommensneutral festlegen (in Summe auf Gemeindeebene nicht höher als zuvor)

Ergebnis: Einkommenssteuer für 2025 wurde aufkommensneutral festgelegt, somit sinngemäß entsprechend unserem Antrag (aus formalen Gründen zurückgezogen).

Weitere Entwicklung: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 24.02.2026 die Anhebung des Hebesatzes (somit auch der Grundsteuer) mit 14:3 Stimmen um 5,7 % beschlossen! Die neuen Steuerbescheide sind unlängst ergangen.

Anmerkung: Die Grundsteuer ist äußerst umstritten, da hier Eigentum, das mit bereits (mehrfach) besteuertem Einkommen erworben wurde, erneut besteuert wird. Das ist ungerecht und obendrein unsozial, da die Steuer auf Mieter umgelegt wird!

Wärmeplanung

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Änderungsantrag vom 09.12.2025: Wärmeplanung Schönaich

Forderung: In der Sitzung vom 09.12.2025 haben wir uns gegen die Vorgabe gewehrt, dass der Gemeinderat 5 Maßnahmen zur Umsetzung einer Wärmeplanung beschließen „müsse“. Gleichzeitig haben wir zu einer geplanten Maßnahme den Vorschlag eingebracht, dass die „Machbarkeitsstudie Solarthermie und Erdwärmekollektoren“ **ohne Anschlusszwang** beschlossen werden sollte.

Ergebnis: Unser Antrag wurde **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 09.12.2025 abgelehnt.

Anmerkung: In der Praxis ist so, dass es bei Wärmenetzen oft einen Pflichtanschluss gibt, da das Netz dann einfacher finanzierbar ist. Das sollte verhindert werden! Ferner ist auch wissenschaftlich nicht erwiesen, dass durch die angestrebte Wärmeplanung ein wirksamer Klimaschutz erreicht wird.

Kostentransparenz und -kontrolle

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 13.11.2025: Deckelung Personalausgaben für 2026-2027

Forderung: Deckelung der Personalausgaben 2026-2027:

- als Beitrag der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung
- wegen Steigerung der Personalkosten in 2025 auf 12,8 Mio. € (um 20 % mehr als in 2024!)

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 24.02.2026 abgelehnt. Somit weitere Erhöhung der Ausgaben!

Weitere Entwicklung: Die Stelle des Stellvertretenden Ordnungsamtleiters wurde entgegen dem AfD-Antrag mit einer externen Kraft besetzt. Dies hätte durch Neuorganisation oder über eine interne Besetzung verhindert werden können.

Anmerkung: Es gibt inzwischen Kommunen, die aufgrund ihrer Finanzlage die Senkung der Personalkosten um 10 % bis 2030 beschlossen haben, somit den Ernst der Lage erkannt haben!

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 13.11.2025: Einführung E-Rechnung in der Verwaltung

Forderung: Die Gemeindeverwaltung soll zwecks Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung die elektronische Rechnungsstellung einführen. Die Pflicht zur Einführung der E-Rechnung ist gesetzlich bis spätestens 01.01.2027 vorgeschrieben.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 24.02.2026 abgelehnt. Digitalisierung wird vernachlässigt!

Anmerkung: Die Einführung der elektronischen Rechnungsbearbeitung ist ein zentraler Baustein moderner und effizienter Verwaltungsführung. Sie bietet zugleich erhebliche organisatorische und wirtschaftliche Vorteile für die Gemeinde Schönaich. Wir werden uns im Gemeinderat weiterhin für die Umsetzung unserer Forderung einsetzen!

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 28.01.2025: Kostendeckelung Spielplatzsanierung

Forderung: Anhand des vorhandenen Spielflächenkonzepts soll ein Gesamtprojektplan aller 22 betrachteten Spielplätze erstellt und eine Kostendeckelung auf 1 Mio. € beschlossen werden.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2025 abgelehnt. Sparsame Umsetzung nicht akzeptiert!

Weitere Entwicklung: Die Kosten der Sanierung der ersten drei Spielplätze bis Juni 2026 entsprachen ziemlich exakt dem Reduzierungsfaktor aus unserem Antrag. Trotzdem abgelehnt?!?

Anmerkung: Wieviel darf die Spielplatzsanierung kosten? Tatsächlich 1,7 Mio. €? Die Überfrachtung mit Spielgeräten ist nicht im Sinne unserer Kinder. Ausreichender Bewegungsspielraum ist wichtig und spricht für eine sparsame Ausstattung.

Direkte Demokratie

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 28.01.2025: Direkte Demokratie - Bürgerfragestunde

Forderung: Im Sinne einer lebendigen Demokratie soll die Bürgerfragestunde zu jeder Gemeinderatssitzung abgehalten werden.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2025 abgelehnt. Direkte Demokratie ist nicht erwünscht!

Entwicklung: Bis 2023 bestand die Möglichkeit für Bürger alle 2 Monate sich mit Fragen und Anregungen an die Verwaltung zu wenden, aktuell nur alle 3 Monate. Kein Interesse vorhanden?

Anmerkung: Die AfD ist die einzige Partei, die sich entschlossen für „direkte Demokratie“ einsetzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung des offenen Meinungsaustausches leistet. Bezeichnend: Unter dem Deckmantel „Unsere Demokratie“ wird die AfD regelmäßig ausgegrenzt!

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 28.01.2025: Direkte Demokratie - Einwohnerversammlung

Forderung: Im Sinne einer lebendigen Demokratie und gemäß Gemeindeordnung §20a soll jährlich eine Einwohnerversammlung abgehalten werden. Die Rückmeldungen von engagierten Bürgern zu Gemeindeangelegenheiten eröffnen vielfältige Möglichkeiten Verbesserungsvorschläge aufzugreifen bzw. bestehende Mängel aufzudecken und zu beseitigen.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2025 abgelehnt. Direkte Demokratie ist nicht erwünscht!

Anmerkung: Die AfD ist die einzige Partei, die sich entschlossen für „direkte Demokratie“ einsetzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung des offenen Meinungsaustausches leistet. Bezeichnend: Unter dem Deckmantel „Unsere Demokratie“ wird die AfD regelmäßig ausgegrenzt!

Aus dem Gemeinderat Schönaich

Antrag vom 28.01.2025: Direkte Demokratie - Leserzuschriften

Forderung: Im Sinne einer lebendigen Demokratie sollen Leserzuschriften im „Schönaicher Mitteilungsblatt“ in einer eigenen Rubrik veröffentlicht werden.

Ergebnis: Auf Vorschlag der Verwaltung wurde der Antrag **gegen die Stimmen der AfD** in der Gemeinderatssitzung vom 30.09.2025 abgelehnt. Direkte Demokratie ist nicht erwünscht!

Weitere Entwicklung: Damit nicht genug, wurden durch Anpassungen des Redaktionsstatuts die bisherigen Möglichkeiten für Vereine und Organisationen stark eingeschränkt!

Anmerkung: Die AfD ist die einzige Partei, die sich entschlossen für „direkte Demokratie“ einsetzt und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung des offenen Meinungsaustausches leistet. Bezeichnend: Unter dem Deckmantel „Unsere Demokratie“ wird die AfD regelmäßig ausgegrenzt!